



WIRTSCHAFTSBEIRAT  
BAYERN

Odeonsplatz 14, 80539 München,

Tel: 089/ 24 22 86 0, Fax: 089/ 29 15 18, E-Mail: [info@wbu.de](mailto:info@wbu.de)

Präsident: Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär: Dr. Jürgen Hofmann

---

## Positionspapier

**„Was jetzt zu tun ist“**

Nach den Wahlen in Bayern und im Bund

**Dr. Otto Wiesheu**

München, im November 2013

## „Was jetzt zu tun ist“

Nach den Wahlen in Bayern und im Bund

Bayern und Deutschland haben gewählt. Im Freistaat hat die neue Staatsregierung unter Ministerpräsident Seehofer ihre Arbeit bereits aufgenommen, in Berlin laufen die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und Sozialdemokraten auf Hochtouren. Anders als die vorangegangenen starten die neuen Regierungen nicht in Krisenzeiten. Die Lage in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist insgesamt gut, in Bayern noch besser. Dennoch können sie sich nicht auf Lorbeeren ausruhen. In zentralen Bereichen besteht massiver Handlungsbedarf, müssen rasch grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

Allen voran gilt dies für die Energiewende, die unter den gegenwärtigen Bedingungen immer mehr aus dem Ruder läuft. Daneben droht der Verschleiß, auf den wir die Infrastruktur seit Jahren fahren, die Basis unseres Wohlstands zu untergraben. Die Konjunktur ist volatiler geworden. Der globale Wettbewerb geht unvermindert weiter. Technologische Umbrüche können jederzeit die Geschäftsmodelle ganzer Branchen in Frage stellen. Auch wenn derzeit Ruhe an den Finanzmärkten herrscht, ist die europäische Staatsschuldenkrise noch nicht Vergangenheit. Nicht zuletzt bleibt der demografische Wandel, d.h. die Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft, eine dauerhafte Herausforderung.

Die Wirtschaftspolitik in Bund und Land muss sich bei ihren Antworten auf diese Herausforderungen von einer klaren Dreifachstrategie leiten lassen. Anders werden wir unsere Position als einer der führenden Standorte weltweit mit allem, was darauf an hochwertiger Beschäftigung, Wohlstand, sozialer Sicherheit, Fortschritten im Umweltschutz, kulturellen Leistungen etc. aufbaut, nicht verteidigen können:

Erstens darf die industrielle Basis nicht durch falsche Entscheidungen untergraben werden. Von einem starken verarbeitenden Gewerbe, das sich auf den Weltmärkten erfolgreich behauptet, hängen auch Handwerk und das Dienstleistungsgewerbe ab. Bei der Frage, wovon wir leben wollen, spielt die Industrie auch in Zukunft eine zentrale Rolle.

Zweitens müssen sich unsere mittelständischen Betriebe, durch günstige Rahmenbedingungen unterstützt, im Wettbewerb erfolgreich behaupten und weiterentwickeln können. Ohne falsche Gegensätze zu den Großunternehmen konstruieren zu wollen: Die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mehr noch: Der Mittelstand verkörpert nicht nur Wirtschaftskraft, er stellt nicht nur die Mehrzahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit. Er trägt auch wesentlich dazu bei, Staat und Gesellschaft zusammenzuhalten.

Drittens wären wir schlecht beraten, das wirtschaftliche Potential und die dynamischen Kräfte in unseren ländlichen Regionen verkümmern zu lassen und alles auf die Karte der großen Verdichtungsräume zu setzen. Eine gleichermaßen positive Entwicklung der Metropolregionen und der ländlichen Räume zu fördern und sicherzustellen, bleibt ein strategisches Ziel der Politik.

Dabei bedarf stringente Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren mehr denn je einer klaren ordnungspolitischen Orientierung. Kommunismus und Sozialismus sind an ihren inneren Widersprüchen gescheitert. Überzogenes Laissez faire hat der Welt am Ende des letzten Jahrzehnts ausgehend von den Finanzmärkten eine der schlimmsten Krisen überhaupt beschert. Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb der Kompass. Wirtschaft muss auf Werten basieren: Freiheit und Verantwortung, die Wahrnehmung von Chancen geknüpft an die Haftung für Risiken, Subsidiarität als Grundprinzip der Verteilung von Zuständigkeiten, Solidarität, vorrangig definiert als Hilfe zur Selbsthilfe, als Befähigung zur Teilhabe. Wir brauchen keinen Staat, der selbst wirtschaftlich tätig wird. „Reverstaatlichung“ und „Rekommunalisierung“ von Unternehmen wären die falschen Konsequenzen aus der Krise. Aber wir brauchen einen starken Staat, der den Märkten Leitplanken vorgibt – Leitplanken, die auf allen Märkten für einen fairen, stabilen Leistungswettbewerb sorgen. Und wir brauchen einen Staat, der die Einhaltung der Regeln national und – bei wachsender Globalisierung zunehmend auch international – konsequent durchsetzt.

Es sind fünf zentrale Aufgaben, die auf dieser Grundlage von den neuen Parlamenten und Regierungen jetzt entschlossen angegangen und gelöst werden müssen:

Energiewende auf tragfähigere Fundamente stellen: Der bei weitem größte und dringlichste Handlungsbedarf besteht in der Energiepolitik. So wie die Energiewende, die nach Fukushima beschlossen wurde, derzeit abläuft, gefährdet sie unsere wirtschaftliche Basis. Die Stromversorgung ist deutlich instabiler geworden, die Eingriffe der Netzbetreiber häufen sich. Der Strompreis steigt unaufhörlich. Strom droht für Mittelstand und Verbraucher beim derzeitigen Subventionsregime für die Erneuerbaren Energien unbezahlbar zu werden. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz hat sich trotz des starken Aufwuchses beim Sonnen- und Windstrom wegen des vermehrten Einsatzes alter Kohlkraftwerke verschlechtert. Das EEG, das – gegen alle Grundregeln der Ordnungspolitik – einen Einspeisevorrang sowie feste Einspeisevergütungen für die Erneuerbaren Energien garantiert, hat als Markteinführungsprogramm ausgedient. Es muss grundlegend reformiert werden mit dem Ziel, die Produktion von grünem Strom deutlich zu verbilligen und die Produzenten in die Verantwortung für die Versorgungssicherheit einzubeziehen. Anreize für den notwendigen Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten sowie für die Bereitstellung von ausreichenden fossilen Regel- und Reservekapazitäten müssen hinzu kommen. Bekanntlich schwankt die Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom massiv. Dabei muss gelten: Nur so viel staatlicher Dirigismus wie nötig und so viel Markt, d.h. Mobilisierung von Privatinitiative und Innovationskraft, wie möglich. Ein „Weiter-so“ mit marginalen Korrekturen ohne Beseitigung grundlegender Fehlentwicklungen darf es nicht geben. Andernfalls wäre eine schleichende Deindustrialisierung mit schweren Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten und wachsende soziale Spannungen vorgezeichnet. In den energieintensiven Industrien werden bereits jetzt nur noch 80 Prozent der Abschreibungen reinvestiert. Niemand kann eine Beschleunigung dieser Entwicklung verantworten.

Verkehrsinfrastruktur sanieren, modernisieren und ausbauen – Ausbau des schnellen Internets voran treiben: Die jahrelange Unterfinanzierung im Bundeshaushalt muss in der neuen Legislaturperiode ein Ende haben. Allein um den Sanierungsstau abzubauen, müssten in den kommenden eineinhalb Jahrzehnten Jahr für Jahr über 7 Mrd. Euro investiert werden. Von den zahlreichen vordringlichen Neubaumaßnahmen – auch in Bayern – ist dabei noch nicht die Rede. Eine Nation wie Deutschland, die wesentlich vom Außenhandel lebt, ist existenziell auf eine erstklassige Verkehrsinfrastruktur im Bereich von Straße, Schiene, Wasserstraße und Luftverkehr angewiesen. Export und Import bedeuten zwangsläufig Transport. Mehrere hundert Brücken bei den Schienenwegen und Autobahnen, die sukzessive nicht mehr belastbar sind, sind damit unvereinbar. Es müssen deshalb deutlich mehr Mittel für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur mobilisiert werden. Auch eine PKW-Maut ist sinnvoll, wenn sie verkehrsgebunden investiert wird und nicht zu entsprechenden Kürzungen im Verkehrshaushalt führt. Nicht weniger wichtig ist der flächendeckende Ausbau der Telekommunikationsnetze für schnelles Internet. Jeder Betrieb muss über einen Breitbandanschluss verfügen können. Die Zukunft der strukturschwächeren Gebiete Bayerns hängt mittlerweile stärker davon ab, als von Investitionszuschüssen. Ohne Breitband als Basisinfrastruktur ist „Digital Bavaria“, eines der großen Zukunftsprojekte der Landespolitik, nicht denkbar.

Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhalten: Die Agenda 2010 der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit ihren Flexibilisierungselementen hat wesentlich zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den letzten Jahren beigetragen. Es wäre verhängnisvoll, das Rad in einer großen Koalition unter dem Schlagwort – Bekämpfung von Missbräuchen – zurück zu drehen und die Arbeitsmarktgesetzgebung neuen „Verkrustungen“ zu unterwerfen. Vor allem die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns ist mehr als kritisch zu beurteilen. Es ist offenkundig, dass aus 8,50 Euro, wie sie derzeit gefordert werden, im Zuge eines politischen Überbietungswettbewerbs sehr schnell 9, 10, 11 und mehr Euro werden würden. Ein gesetzlicher Mindestlohn kostet nicht nur Arbeitsplätze. Er verringert zugleich die Chancen schlechter qualifizierter arbeitsloser Arbeitnehmer, den Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu finden. Darüber hinaus bliebe die Einführung eines Mindestlohns kaum ohne Rückwirkungen auf die Lohnstruktur. Wir müssten mit einer Verschiebung der gesamten Lohnskala nach oben rechnen. Kostengetriebene inflationäre Effekte wären die Folge. Die Arbeitsmarktpolitik sollte sich besser auf gezielte Reformen konzentrieren, die den Bedürfnissen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entgegen kommen und helfen, den absehbaren Kräftermangel im demografischen Wandel zu bekämpfen. Dazu zählt etwa die Beseitigung von Hemmnissen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, die einer Beschäftigung von Arbeitnehmern entgegen stehen, die über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten wollen.

Haushalt konsolidieren, Investitionen stärken, Steuern senken: Deutschland hat kein Einnahmenproblem. Die hohen Zuwächse, die beim Steueraufkommen für die neue Legislaturperiode prognostiziert werden, unterstreichen dies. Steuererhöhungen müssen deshalb tabu sein. Vor allem eine Anhebung der Substanzbesteuerung durch Wiedereinführung der Vermögensteuer, Anhebung der Erbschaftsteuer oder Ausweitung der Gewerbesteuer wäre absolut falsch. Es würde die Krisenanfälligkeit

von Unternehmen spürbar erhöhen, wenn sie auch in Verlustphasen besteuert würden. Die Steuernehreinnahmen, die sich abzeichnen, lassen Raum für eine zukunftsorientierte Dreifachstrategie:

Erstens sollte die Nettokreditaufnahme des Bundes – dem Beispiel Bayerns folgend – rasch auf null reduziert werden. Mittelfristig ist die gesamtstaatliche Verschuldung Deutschlands von derzeit rd. 80 Prozent am Bruttoinlandsprodukt auf 60 Prozent zurückzuführen, wie im Vertrag von Maastricht verankert.

Zweitens sind die investiven Ansätze in den Haushalten anzuheben – neben der oben schon erwähnten Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur zugunsten von Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Drittens sollten einige gezielte steuerliche Entlastungsmaßnahmen in der neuen Legislaturperiode angepackt werden – so der Abbau der „kalten Progression“; dabei geht es um die Rückgabe rein inflationsbedingter Steuernehreinnahmen. Wichtig für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes in der Breite ist daneben die steuerliche Förderung von Innovationen. Attraktive degressive Abschreibungsbedingungen sollten hinzu kommen. Deutschland leidet nicht nur an unzureichenden staatlichen Investitionen, sondern auch an einem Nachholbedarf bei den privaten Investitionen. Großzügige Abschreibungsbedingungen führen am sichersten und schnellsten zur permanenten Erneuerung des Kapitalstocks. Wer laufend investiert, wandert nicht ab.

Europa auf Kurs halten: Die schwere Staatsschuldenkrise, die in den letzten Jahren wie ein Damoklesschwert über der Zukunft Europas hing, ist noch nicht gebannt. Weitere Anstrengungen sind nötig, um sie zu überwinden. Dabei muss auch die neue Bundesregierung eine Vergemeinschaftung von Schulden durch Eurobonds kategorisch ablehnen. Ebenso wenig darf sich Deutschland in eine Transferunion drängen lassen. Beides widerspricht den Europäischen Verträgen. Hilfen für die Krisenstaaten kann es auch künftig nur gegen Haushaltsdisziplin und Reformen geben, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit führen. Jedes Land ist und bleibt primär für sich selbst verantwortlich. Die Vermischung von Geld- und Finanzpolitik durch die EZB ist vertragswidrig und auf Dauer nicht tolerabel. Die extreme Niedrigzinspolitik enteignet Sparer, führt zur Fehlleitung von Kapital und fördert neue Blasenbildungen. Aufgabe der EZB ist es, stabile Preise zu sichern. Darauf hat sie sich zu konzentrieren. Eine nochmalige schwere Finanzkrise würde die Fundamente unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedrohen. Deshalb muss die Regulierung der Finanzmärkte mit dem Ziel, die Finanzarchitektur zu stabilisieren, weiter voran getrieben werden. Aber mit Fingerspitzengefühl. Kleine, mittlere und große Unternehmen brauchen Heimatbanken, die weiterhin in der Lage sind, ihre nationalen und internationalen Aktivitäten zu finanzieren und zu begleiten.

Zusammenfassend zeigt sich: Bundes- und Landespolitik stehen vor herausfordernden Jahren. Eine ganze Reihe unbequemer Entscheidungen ist zu treffen. Sie müssen aber – auch gegen Widerstände – getroffen werden, um Deutschland und Bayern im globalen

Wettbewerb der Standorte zukunftsfähig zu erhalten. Der Wirtschaftsbeirat wird die Politik dabei unterstützen.